



1815. *Europäische Friedensordnung – Mitteldeutsche Neuordnung*. Historische Kommission der Sächsischen Akademie der Wissenschaften; Historische Kommission für Sachsen-Anhalt; Preußische Historische Kommission; Historische Kommission für Thüringen; Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt; Institut für Sächsische Geschi, 05.11.2015–07.11.2015.

Reviewed by Mario Müller

Published on H-Soz-u-Kult (February, 2016)

1815. Europäische Friedensordnung – Mitteldeutsche Neuordnung

Der Wiener Kongress (1814/15) gehört zu den prägenden Zäsuren des 19. Jahrhunderts, der den Frieden in Europa nachhaltig sicherte. Diese Neuordnung des Kontinents manifestierte die friedliche Koexistenz – bis auf kleinere, lokal begrenzte Konflikte – für nahezu 100 Jahre und bildet damit die längste Friedensperiode. Aus Anlass des 200-jährigen Jubiläums wurde die Tagung 1815 von den Historischen Kommissionen Sachsen-Anhalts, Thüringens und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften sowie der Preussischen Historischen Kommission und des Instituts für Sächsische Geschichte und Volkskunde organisiert und durchgeführt.

Den ersten inhaltlich in das Tagungsgeschehen einleitenden Vortrag hielt EBERHARD STRAUB (Berlin). Er konstatierte, dass das alte Europa durch die Ereignisse von 1792 bis 1815 zerrissen und seiner Stabilität beraubt worden sei. Mit Anerkennung sprach er über die Weitsicht der Akteure des Wiener Kongresses, die einen Schandfrieden gegenüber Frankreich ablehnten, da diese Großmacht ein Eckpfeiler des zukünftigen europäischen Gleichgewichts ausgerichtet werden sollte. Themen wie Kriegsschuldfrage oder umfangreiche Reparationszahlungen spielten dabei im Gegensatz zu der misslungenen Friedensordnung von 1919 keine Rolle. Eine starke Mitte Europas sollte mit einem machtpolitischen Veto die Großmächte in West und Ost im Zaum halten. Diese Ordnung von Wien

hatte nahezu 100 Jahre Bestand und wurde nicht durch militärische Expansionen der Großmächte aufgehoben, sondern durch das aufkommende Nationalstaatsdenken und dem eingeforderten Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Den preussisch-sächsischen Konflikten vor 1806 widmete sich der Beitrag von FRANK GÄSE (Potsdam). Er schilderte, dass sich Sachsen und Preußen im 17. Jahrhundert zunächst machtpolitisch auf Augenhöhe befanden, bis Preußen spätestens mit dem Zweiten Schlesischen Krieg seine Vormachtstellung manifestieren konnte, was in der Besetzung Sachsens im Siebenjährigen Krieg durch preussische Truppen kulminierte. Danach wurde zwar von beiden Seiten an einer Normalisierung der Lage gearbeitet, jedoch auch gegenseitig die Politik der kleinen Nadelstiche geführt. Dies zeigte sich beispielweise daran, dass Friedrich der Große jahrelang keinen sächsischen Gesandten in Berlin zuließ oder dass beide Seiten den In- und Export der Waren des jeweils anderen Staates mit Zöllen und Verboten behinderten.

Einen anderen Blickwinkel auf Sachsen als Bündnispartner Napoleons bot PETER WIEGAND (Dresden). Er explizierte, dass der sächsische König Friedrich August I. zwar stets auf Neutralität bedacht war, sein Land jedoch zum Spielball der Großmächte wurde. Sachsen trat nach der Niederlage von Je-

na und Auerstedt dem Rheinbund bei und wurde zum Königtum von Napoleons Gnade erhoben. Fortan erhielt Sachsen den Ruf des treuesten B ndnispartners des französischen Kaisers und unterstützte somit abedingungslos den Russlandfeldzug. Nach der Niederlage vor Moskau gab es einen Verst ndigungsversuch zwischen Österreich und Sachsen auf Initiative Wiens. Hierbei verwies Wiegand mit Nachdruck darauf, dass die Rückkehr Sachsens an die Seite Napoleons im Mai 1813 aus der politischen Zwangslage resultierte. Einen Verrat, wie es aus preußischer Perspektive artikuliert wurde, habe es nicht gegeben.

Einen regionalspezifischen Bezug leistete ANDREAS ERB (Dessau), durch seine Darstellung der Neuordnungsvorstellungen Anhalts. Das Fazit seines Beitrages nahm er vorweg, indem er konstatierte:      bleibt beim alten.  Fortan skizzierte er die verschiedenen dynastischen Beziehungen der drei anhaltinischen Fürstentümer, deren Bemühungen um Standeserh hungen durch Napoleon sowie ihren Beitritt zum Rheinbund im April 1807. 1813 wechselten die anhaltinischen Herzogt mer ins siegreiche Lager und konnten somit auf dem Wiener Kongress ihre Ansprüche ohne territoriale Verluste vertreten.

     Anfang war Napoleon , mit diesen Worten eröffnete WINFRIED MÜLLER (Dresden), seinen Vortrag zur territorialen Neuordnung Europas durch den Wiener Kongress. Im Zuge der Koalitionskriege kam es 1803 zum Reichsdeputationshauptschluss, der die territoriale Umstrukturierung auslöste. Die deutschen Fürsten sollten für ihre Gebietsverluste auf dem linken Rheinufer durch Säkularisation und Mediatisierung entschädigt werden   die Reichskirche hätte auf zu existieren. Als Resultat dessen gilt der Zusammenschluss einiger Staaten zum Rheinbund unter dem Protektorat Napoleons, der das Ende des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nationen besiegelte. Der Wiener Kongress bemühte sich um die Herstellung des europäischen Gleichgewichts und versuchte die durch die Napoleonischen Kriege verursachten Verluste einiger Staaten mit Gebietszuspr chen zu kompensieren. Die Ordnungsvorstellungen des Wiener Kongresses sind demnach nicht national, sondern multinational zu verstehen.

Die preußischen politischen Expansionen in Mitteldeutschland standen im Vordergrund des Referats von MATHIAS TULLNER (Magdeburg). Ziele Preußens waren auf dem Wiener Kongress die Revision des Friedens von Tilsit sowie die territoriale Vergrößerung

in Mitteldeutschland   vor allem auf Kosten Sachsens. Das preußische Verlangen, sich ganz Sachsens zu bemächtigen, wurde zunächst von Russland unterstützt, während sich England und Österreich in Neutralität  bten. Nur Frankreich stellte sich den preußischen Bestrebungen entgegen. Die russische Hilfe fiel jedoch nach der Entscheidung der polnischen Frage weg, und auch England und Österreich brachten vermehrt Bedenken vor, sodass die preußischen Träume einer Gesamtannexion Sachsens am 8. Februar 1815 durch die Wiedereinsetzung des sächsischen Königs Friedrich August I. zerbrachen.

 ber die sächsischen Reaktionen auf eine mögliche Gesamtannexion durch Preußen referierte KOSTANTIN HERMANN (Dresden). Er schilderte dabei sowohl die in der Mehrheit vorhandenen anti-preußischen Stimmen als auch die auf Anschluss an Preußen strebenden Meinungen. Die pro-preußischen Stimmungen seien von dem Gedanken geleitet worden:      ungeteilt an Preußen, als ein geteiltes Sachsen.  Beide Parteien gaben einen Querschnitt der Gesellschaft wieder, wenngleich im pro-preußischen Lager Kaufleute und Händler aufgrund der wirtschaftlichen Perspektive vermehrt vorhanden und auf Seiten der anti-preußischen Gesinnten vor allem sächsische Beamte zu finden waren. Abschließend konstatierte Hermann, dass die Preu enanh nger vorwiegend im Zentrum Sachsens, die treuen Gefolgsleute Friedrich Augusts I. hingegen eher in der Peripherie des Landes ansässig waren.

Der Rolle der thüringischen Staaten auf dem Wiener Kongress widmete sich STEFAN GERBER (Jena). Er zeigte auf, dass alle thüringischen Staaten diplomatische Beziehungen nach Wien unterhielten, und dass deren Ziel eine übergeordnete Bundesgewalt gewesen sei, die die Existenz der Kleinstaaten sch tzen und garantieren sollte. Dabei zeichneten sich die thüringischen Gesandten durch eine heterogene Interessenlage aus, die jedoch von gegenseitiger Unterstützung bestimmt war.

Der Wiener Kongress wurde der Ausgangspunkt einer  Suche nach der verlorenen Ordnung . Viele deutsche Intellektuelle hofften, diese in der Welt des Mittelalters wiederzufinden. Damit verbundene Sehnsüchte artikulierten sich vor allem in der Gründung zahlreicher historischer Gesellschaften. WOLFGANG BURG-DORF (München) konstatierte in seinem Vortrag, dass der Grund dafür vor allem in der Tabuisierung der damaligen Zeitgeschichte lag. Daher begann man, die verlorene Heimat und Ordnung in vergangenen Epochen zu

suchen. Teilweise flüchteten sich die Intellektuellen in eine Fantasiewelt, die nur noch wenig mit der Realität zu schaffen hatte.

HAIK PORADA (Leipzig) erörterte die Arbeit der Kartographen in jener Zeit. Durch die ständige Umstrukturierung Europas war es schwierig, repräsentatives Kartenmaterial zu veröffentlichen. Die Karten hinkten den getroffenen Entscheidungen hinterher und wiesen falsche bzw. nicht länger aktuelle Bezeichnungen auf oder signalisierten durch unzutreffende Kolorierung inkorrekte territoriale Zugehörigkeiten. Einige Kartographen begannen sich an der Ordnung vor, manche wiederum an der Ordnung nach dem Wiener Kongress zu orientieren. Dies führte in letzter Konsequenz zu einem sinkenden Absatz und, damit verbunden, zum Bankrott vieler Verlage.

„Preußisch oder nicht preußisch?“ Diese Frage stellten sich jene Bürger Sachsens, die nach dem Wiener Kongress als Einwohner der Provinz Sachsen zu Preußen gezählt wurden, gewiss nicht. KLAUS ERICH POLLMANN (Magdeburg) konstatierte, dass das Zugehörigkeitsgefühl zum Königreich Sachsen auch nach 1815 vielfach erhalten blieb. Gleichzeitig bemühte sich Friedrich Wilhelm III. jedoch verstärkt darum, die neuen Territorien in sein Herrschaftsgebiet schnellstmöglich zu integrieren und die Bevölkerung zu guten Preußenanhängern zu erziehen. Den Posten des Oberpräsidenten der neuen Provinz besetzte man mit „überzeugten Preußen“, ein ausgeprägtes preußisches Nationalgefühl konnte sich in der Provinz Sachsen indes kaum entwickeln.

In manchen Gebieten Thüringens fehlte man sich Preußen, in anderen Teilen wiederum dem jeweiligen thüringischen Landesstaat zugehörig. Diesem Zugehörigkeitszwiespalt widmete sich FRANK BOBLENZ (Simmern). Grund dafür kam die zeitweilige Besetzung des kurmainzischen Erfurts, des Eichsfelds und der Reichsstädte Mühlhausen und Nordhausen durch Preußen 1803 gewesen sein. Schon damals wurde dort die Grundlage für die Entwicklung eines preußischen Nationalgefühls geschaffen und musste nicht erst „wie in der neuen preußischen Provinz Sachsen“ nach der Konsolidierung etabliert werden. Mit dem Wiener Kongress wurden einige kursächsische Besitzungen und Gebiete aus dem Neustädter Kreis Bestandteile Preußens „kurze Zeit später“ folgten dann auch die albertinischen Teile Thüringens.

Die Vereinigung der Universitäten Wittenberg und Halle 1817 als Folge des Wiener Kongresses war das The-

ma von MICHAEL RUPRECHT (Halle). Die 1502 von Friedrich dem Weisen gegründete Universität Wittenberg genoss durch ihre hervorragenden Naturwissenschaftler und Mediziner einen ausgezeichneten Ruf. Auf dem Wiener Kongress wurde der Integrationswille Preußens deutlich, als der Vorschlag geäußert wurde, die nun beide zu Preußen gehörenden Universitäten zusammenzufassen. Wittenberg war durch die Napoleonischen Kriege stark zerstört, zudem fehlte es der Stadt an entsprechendem Wohnraum. Das gab den Ausschlag zur Vereinigung mit der 1694 von Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg gegründeten Friedrichs-Universität Halle zum neuen Standort der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

ULRIKE HÄROLDT (Magdeburg) sprach über Geschichte und Geschichtsförderung als Quelle der landesstaatlichen Identität. Sie konstatierte, dass die Auseinandersetzung mit Geschichte im 19. Jahrhundert zunächst eine eher nationale Ausrichtung aufwies. Erst in den 1870er Jahren richteten die Geschichtsvereine ihren Blickpunkt auf die regionale Ebene. 1876 schließlich wurde die „Historischen Kommission für die Provinz Sachsen“ gegründet, die als Vorgesängerorganisation der „Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt“ angesehen wird.

JÄRGEN KLOOSTERHUIS (Berlin) erläuterte, dass das Hallenser Studentenleben ebenso berühmt wie berüchtigt war. Mindestens zwei Mal jährlich mussten die Ausschweifungen der „eckigen Musenhöhne“ von einem Gericht bearbeitet werden. Casino- und Theaterbesuche endeten oft in Ausschweifungen „Prügeleien und Geschlechtskrankheiten“ nahmen zu. Eine 1801 gegründete „Sittenpolizei“ sollte dem wilden Treiben ein Ende setzen. Der traurige Höhepunkt wurde 1819 durch die aufkommenden Demagogenverfolgungen markiert. Um die studentische Ordnung wiederherzustellen, ging man vor allem gegen die Mitglieder der immer populärer werdenden Burschenschaften mit harten Strafen vor. Der nationalrevolutionäre Geist dieser Vereinigungen schien zusehends ein Dorn im Auge und so kam es, dass zuletzt nicht einmal vor einer Todesstrafe gegen die Studenten zurückgeschreckt wurde, die allerdings nirgends vollstreckt worden ist.

Mit den Beschlüssen des Wiener Kongresses war Preußen Herr des „Mutterlandes der Reformation“, woraus sich mancherlei integrationspolitisches Kapital gewinnen ließ. MARGIT SCHOLZ (Magdeburg) konzentrierte sich in ihrem Vortrag auf die evangelische Geistlichkeit in der Provinz Sachsen und hielt fest, dass die

konfessionellen Spannungen zu jenem Zeitpunkt nicht mehr offensichtlich waren, sich viele Sachsen aber nur schwer einem reformierten Herrscherhaus unterordnen wollten. Scholz resümierte, dass sich die Neustrukturierung der Superintendenturen als schwierig gestaltete und somit aus einer banalen Verwaltungsangelegenheit binnen kürzester Zeit ein Disput ungeahnten Ausmaßes entwickelte.

Das bereits zuvor thematisierte gesamtgesellschaftliche Interesse an der Geschichtswissenschaft führte zu einem Aufblühen des musealen Betriebes, dem sich HANNELORE PUTZ (München) widmete. Großbritannien, Frankreich und Preußen setzten hier nach 1815 Maßstäbe, König Ludwig I. von Bayern tat es diesen Vorbildern gleich und begann bedeutende antike Sammlungen zu erwerben. Sie schufen die Grundlage für die Münchener Glyptothek. Für die großen Territorien des Deutschen Bundes wurde es zunehmend von Bedeutung, die eigene Kultur und Kunst zu pflegen und sich um deren Erhalt zu kümmern. Regionale Kunstpflege diente vielerorts als Mittel zur Identitätsbildung.

Wirtschaftsfaktoren und wirtschaftliche Beziehungen standen bei der Betrachtung des Wiener Kongresses im Vortrag von HANS-WERNER HAHN (Jena) im Vordergrund. Zu Beginn machte er deutlich, dass ökonomische Gesichtspunkte bei den Friedensverhandlungen lediglich eine sekundäre Rolle spielten. Zwar waren die verschiedenen Wirtschaftszweige der deutschen Staaten durch die Kontinentalsperre Großbritanniens nicht so stark in Mitleidenschaft gezogen worden, wie es die ältere Forschungsliteratur behauptete. Doch seien durch die Friedensordnung von 1815 aufgrund von territorialen Verschiebungen Wirtschaftsräume auseinandergerissen und Binnenmärkte zerstört worden. Die neugebildeten Zollgebiete der großen Staaten wirkten sich zudem negativ auf die deutschen Mittel- und Kleinstaaten aus, sodass es zu einem florierenden Grenzschmuggel kam.

Ein regionales Fallbeispiel der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse bot VICKY ROTHE (Leipzig / Magdeburg) mit ihrem Vortrag zum Eisenwerk Lauchhammer. Detlev von Einsiedel, der langjährige Erste Minister des Königreichs Sachsen, ließ als Besitzer des Werkes Modernisierungen durchführen und die Anlagen erweitern. In Gräditz wurde ein zweites Werk errichtet, das stark mit dem in Lauchhammer zusammenarbeitete. Durch die sächsische Teilung wurde das Werk in Lauchhammer preussisch, während das in Gräditz sächsisch blieb. Aus dieser Not machte Einsiedel inso-

fern eine Tugend, als das er beide Werke weiter ausbauen ließ und so die hohen Zölle umgehen konnte.

Die Tagung bot einen facettenreichen Überblick zu den wichtigsten Themen des Wiener Kongresses. Die europäische Dimension und die politischen Folgen für die Großmächte wurden dargestellt, lokale Beispiele diskutiert und themenübergreifend wirtschaftliche, soziale sowie kulturelle Fragestellungen aufgegriffen. Somit wurde das historische Ereignis umfangreich aus verschiedensten Perspektiven beleuchtet und rekapituliert.

Konferenzübersicht:

Eberhard Straub (Berlin), Die gesamteuropäische Perspektive

Frank Giese (Potsdam), Preußen und Sachsen. Konkurrenz und Konflikte vor 1806

Peter Wiegand (Dresden), *Avantages compatibles avec la justice*. Sachsens Bündnis mit Napoleon

Andreas Erb (Dessau), Offene Rechnung à Neuordnungsvorstellungen Anhalts und über Anhalts in der Napoleonischen Ära

Winfried Müller (Dresden), Territoriale Revolution und Neuordnung zwischen Erosion und des Alten Reiches und dem Wiener Kongress

Mathias Tullner (Magdeburg), Preussische Optionen für eine territoriale Expansion in Mitteldeutschland und ihre Ergebnisse im Zusammenhang mit dem Wiener Kongress

Konstantin Hermann (Dresden), Dresden oder Berlin. Sächsisch-Diskussionen um das für und Wider einer Annexion

Stefan Gerber (Jena), Die Rolle der thüringischen Staaten auf dem Wiener Kongress

Wolfgang Burgdorf (München), Das Ende des Alten Reiches: Verlusterfahrungen und Kompensationsstrategien

Haik Porada (Leipzig), Die territoriale Landkarte nach dem Wiener Kongress

Klaus Erich Pollmann (Magdeburg), Die innere Konstituierung der neuen preussischen Provinzen Sachsen

Frank Boblenz (Simmern), Die Neukonstituierung des preussischen Thüringens 1813-1819

Michael Ruprecht (Halle), Die Vereinigung der Uni-

versität Wittenberg und Halle 1817 in Folge der territorialen Neuordnung

Ulrike Häfner (Magdeburg), Die Hinwendung zur Geschichte der Provinz als Quelle der Identität

Jürgen Kloosterhuis (Berlin), Halles äckche Museen- schein in den Akten des GStA PK

Margit Scholz (Magdeburg), Neue Grenzen, neue Strukturen, neue Konfession. Die evangelische Geistlichkeit der Provinz Sachsen im Strudel der Veränderungen

Hannelore Putz (München), Zwischen Repräsentationsbedürfnis, Bildungswunsch und Genuss. Die Kunst- und Museumspolitik in den Staaten des Deutschen Bundes

Hans-Werner Hahn (Jena), Die neuen Provinz als Wirtschaftsraum

Vicky Rothe (Leipzig/Magdeburg), Adel und Wirtschaft in der Zeit des Umbruchs von 1815: Die Grafen von Einsiedel und das Eisenwerk Lauchhammer

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at:

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

Citation: Mario Müller. Review of , 1815. *Europäische Friedensordnung – Mitteldeutsche Neuordnung*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. February, 2016.

URL: <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=46320>

Copyright © 2016 by H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU.